



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Anzeigergebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. In jedem übernehmen alle Postanstalten Beförderungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 346. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 27. Juli 1867.

Deutschland.

Berlin, 26. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat nachbenannten, beim kaiserlich französischen Hofe beglaubigten dienstlichen Boten, beim kaiserlich französischen Hofe beglaubigten dienstlichen Boten, beim kaiserlich französischen Hofe beglaubigten dienstlichen Boten...

Berlin, 26. Juli. [Die französische Note.] Die Ueberreichung der Depesche, die Marquis de Moustier an die hiesige französische Botschaft in der nord-schleswigschen Frage gerichtet hat, so schreibt die „B. u. S.-Ztg.“, ist, wie wir, unsere gestrige Mittheilung bestätigend, berichten können, erfolgt, nachdem das diesseitige Cabinet von deren Inhalt bereits mehrere Tage zuvor auf nicht directem Wege Kenntniss erlangt hatte. Das Verfahren, das von dem Geschäftsträger der französischen Regierung in Abwesenheit des Botschafters in dieser Angelegenheit befolgt wurde, hat hier großes Befremden erregt, mehr noch in der Sphäre der Fremden, bei dem hiesigen Hofe beglaubigten Diplomaten als in preussischen Regierungskreisen.

Berlin, 26. Juli. [Wahlversammlung.] Gestern Abend fand eine Versammlung von Vertrauensmännern der zum zweiten Reichswahlbezirk gehörigen Stadtbezirke im Carlshofe statt. Nachdem der Stadtkronrath die Versammlung eröffnet hatte, hielt Professor Birchow einen Vortrag über den neugebildeten Wahlverein der Fortschrittspartei. Derselbe wies darauf hin, daß die parlamentarische Fortschrittspartei in der jüngsten Zeit die Erfahrung gemacht habe, daß im Lande eine außerordentlich große Verwirrung der Meinungen herrsche, so daß es schwer sei, festzustellen, wozu eigentlich die Gemeinsamkeit der liberalen Majorität gebe. In früherer Zeit habe ein gewisser Regulator in dem Nationalverein existirt, der, man möge von dessen Bedeutung denken was man wolle, der allgemeinen Entwicklung der Dinge erheblich vorarbeitete. Durch die Ereignisse des vorigen Jahres entstand eine Zerfahrenheit der Meinungen, so daß der Nationalverein zu Grunde ging. Der gegenwärtige Zustand sei seinem Interesse förderlich, denn auch das Interesse der Regierung sei wesentlich dabei beieiligt, daß es eine starke Partei im Volke gebe, die in nationalen Fragen einig und fest sei. Der Nationalverein sei eine der besten Säulen der Regierung dem Auslande gegenüber gewesen, denn derselbe habe stets den Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland gefordert. Gegenwärtig handle es sich darum, einen neuen Vereinigungspunkt zu finden. Es gelte, einen Reichsboten zu schaffen. Die Fortschrittspartei habe nicht die Absicht, sich von den Wahlen zurückzuziehen. Dies würde ihr höchst gefährlich sein, die Partei habe vielmehr die Aufgabe, ihre Forderungen, von denen sie überzeugt sei, daß sie den Staat vor großen Gefahren sicherten und die Einheit Deutschlands zu Stande zu bringen geeignet bedürften, vielmehr unzweifelhaft einer regelmäßigen fortwährenden Verbindung mit ihren Wählern. Es bedürfe dazu einer neuen Organisation und in Folge dessen habe die Fortschrittspartei den Entschluß gefaßt, einen Wahlverein zu gründen. Dieser Verein soll neben der Leitung der Wahlen das Volk im politischen Denken erhalten, eine Aufgabe, die jede Partei habe. Die Organisation, welche eritreit werde, gehe nicht darauf hinaus, einzelne Personen an die Spitze einer großen Volksmasse zu bringen, sondern sie wolle diese Volksmassen in eine solche Entwicklungsbewegung bringen, daß die allgemeine Anschauung über die politischen Dinge auf allen Straßen zu finden sei. In diesem Sinne solle der Verein wirken. — Nachdem Herr Franz Dunder dieser Darstellung noch eine kurze Erläuterung hinzugefügt, in welcher er die Mittel der zu organisirenden Agitation beleuchtete und daran eine Aufforderung zum Beitritt zu dem Vereine knüpfte, wurde zur Aufstellung eines Candidaten für den zweiten Reichswahlbezirk übergegangen und der bisherige Abgeordnete Ober-Tribunalrath Waldeck wieder einstimmig aufgestellt. — Auf eine Anfrage des Dr. Eisner wiederholte Herr Fr. Dunder schließlich, daß überall, wo die Fortschrittspartei nicht stark genug sei, einen eigenen Candidaten durchzubringen, eine Einigung mit den anderen liberalen Parteien herbeigeführt werden solle, um dadurch wenigstens die Wahl eines conservativen Abgeordneten zu verhindern. (N. Z.)

Berlin, 26. Juli. [Wahlbarkeit für das Zollparlament.] Nach dem preussischen Wahlgesetz für den Reichstag sind die Angehörigen aller Staaten des norddeutschen Bundes in Preußen wählbar. Diese Bestimmung ist auch in die meisten anderen Wahlgesetze übergegangen, während in den beiden Mecklenburg die Wählbarkeit an das Staatsbürgerrecht in jedem der beiden Großherzogthümer geknüpft bleibt. Der neue Zollvereinsvertrag behält es, wie schon erwähnt, der Gesetzgebung der süddeutschen Staaten vor, „über die Staatsangehörigkeit Bestimmungen zu treffen, durch welche die Wählbarkeit zum Abgeordneten für das Zollparlament bedingt ist.“ Dem „Nährn. Corresp.“ zufolge werden nun demnächst Verhandlungen zwischen den süddeutschen Staaten darüber eingeleitet werden, ob in dem ausgearbeiteten Gesetze die Wahlbarkeit nur insofern von dem Wohnort abhängig gemacht werden soll, daß der Wahlcandidat in einem der süddeutschen Staaten sein Domicil haben müsse. In dem Wortlaut des Vertrages ist eine solche Beschränkung auf den Süden nicht gegeben, die vielmehr dem Nordbunde einen gewissen Südbund gegenüberstellen würde, während in einer dritten Kategorie von Staaten die Wählbarkeit streng particularistisch begrenzt wäre. (N. Z.)

Berlin, 26. Juli. [Zur nord-schleswigschen Frage.] Die Wiener „Debatte“ sagt über die nord-schleswigsche Frage: „Es läßt sich nicht verkennen, daß Versuche gemacht werden, die Angelegenheit, welche die Ausführung des Art. 5 des Prager Friedens-Vertrages betrifft, auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege einer Londoner Konferenz zum Austrag zu bringen. Offenbar liegt dem die Absicht zu Grunde, die jedenfalls bedeutliche Einmischung einer einzelnen, bei der Angelegenheit nicht unmittelbar beteiligten Macht durch eine Collectiv-Einmischung Europa's zu ersetzen oder jene in dieser auszuheben zu lassen. Dieser Modus wird gegenwärtig diplomatisch erörtert, und es dürfte sich darum handeln, nicht bloß hierfür die Bestimmung Oesterreichs zu gewinnen, sondern das Wiener Cabinet auch zu veranlassen, aus eigener Initiative die Sache auf die Tagesordnung zu setzen. Kaum aber bedarf es erst noch der Nachweisung darüber, daß bei der schon hinlänglich erörterten Linie des Verhaltens, welche sich Oesterreich in dieser Angelegenheit vorgezeichnet hat, es dem sehr begreiflichen Bestreben Preußens, jede directe oder indirecte Einmischung Unbetheiligter hintanzuhalten, Schwierigkeiten entgegenzusetzen, keine Veranlassung findet.“

Berlin, 26. Juli. [Zur nord-schleswigschen Frage.] Die Wiener „Debatte“ sagt über die nord-schleswigsche Frage: „Es läßt sich nicht verkennen, daß Versuche gemacht werden, die Angelegenheit, welche die Ausführung des Art. 5 des Prager Friedens-Vertrages betrifft, auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege einer Londoner Konferenz zum Austrag zu bringen. Offenbar liegt dem die Absicht zu Grunde, die jedenfalls bedeutliche Einmischung einer einzelnen, bei der Angelegenheit nicht unmittelbar beteiligten Macht durch eine Collectiv-Einmischung Europa's zu ersetzen oder jene in dieser auszuheben zu lassen. Dieser Modus wird gegenwärtig diplomatisch erörtert, und es dürfte sich darum handeln, nicht bloß hierfür die Bestimmung Oesterreichs zu gewinnen, sondern das Wiener Cabinet auch zu veranlassen, aus eigener Initiative die Sache auf die Tagesordnung zu setzen. Kaum aber bedarf es erst noch der Nachweisung darüber, daß bei der schon hinlänglich erörterten Linie des Verhaltens, welche sich Oesterreich in dieser Angelegenheit vorgezeichnet hat, es dem sehr begreiflichen Bestreben Preußens, jede directe oder indirecte Einmischung Unbetheiligter hintanzuhalten, Schwierigkeiten entgegenzusetzen, keine Veranlassung findet.“

Berlin, 26. Juli. [Zur nord-schleswigschen Frage.] Die Wiener „Debatte“ sagt über die nord-schleswigsche Frage: „Es läßt sich nicht verkennen, daß Versuche gemacht werden, die Angelegenheit, welche die Ausführung des Art. 5 des Prager Friedens-Vertrages betrifft, auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege einer Londoner Konferenz zum Austrag zu bringen. Offenbar liegt dem die Absicht zu Grunde, die jedenfalls bedeutliche Einmischung einer einzelnen, bei der Angelegenheit nicht unmittelbar beteiligten Macht durch eine Collectiv-Einmischung Europa's zu ersetzen oder jene in dieser auszuheben zu lassen. Dieser Modus wird gegenwärtig diplomatisch erörtert, und es dürfte sich darum handeln, nicht bloß hierfür die Bestimmung Oesterreichs zu gewinnen, sondern das Wiener Cabinet auch zu veranlassen, aus eigener Initiative die Sache auf die Tagesordnung zu setzen. Kaum aber bedarf es erst noch der Nachweisung darüber, daß bei der schon hinlänglich erörterten Linie des Verhaltens, welche sich Oesterreich in dieser Angelegenheit vorgezeichnet hat, es dem sehr begreiflichen Bestreben Preußens, jede directe oder indirecte Einmischung Unbetheiligter hintanzuhalten, Schwierigkeiten entgegenzusetzen, keine Veranlassung findet.“

reits direct in der nord-schleswigschen Sache interpellirt hat, mag die Pariser officiöse Presse einerseits und die „Nord. Allg. Ztg.“ andererseits diese Thatsache noch so sehr ableugnen oder doch zu verdunkeln suchen. Es ist wohl gerathener, der französischen Regierung sogleich klaren Bescheid darüber zu ertheilen, wozu ihre Einmischung führen würde, als dieselbe wieder so lange ihre Fäden fortspinnen zu lassen, bis sie sich so weit verwickelt, daß sie mit Ehren nicht mehr zurückkann. Wir würden dann die zweite Auflage der Luxemburger Frage erleben, nur mit dem Unterschied, daß es Preußen hier ganz unmöglich sein würde, zuletzt wieder den Klügsten zu spielen und Döppel und Alsen fahren zu lassen, wie die westliche Feltung. In Preußen selbst täuscht sich Niemand über die Linie, bis zu welcher eine Nachgiebigkeit in dieser schleswigschen Frage möglich ist; möge die Regierung dafür sorgen, daß man auch in Paris sich bei Zeiten alle Illusionen in dieser Beziehung aus dem Sinne schlägt. Das Umhertasten schafft nur Unheil: man muß in Paris sofort das Maß der Verantwortung kennen lernen, das man auf sich nimmt, wenn man diese Sache anfassen will. (N. Z.)

Berlin, 26. Juli. [Wahlbarkeit für das Zollparlament.] Nach dem preussischen Wahlgesetz für den Reichstag sind die Angehörigen aller Staaten des norddeutschen Bundes in Preußen wählbar. Diese Bestimmung ist auch in die meisten anderen Wahlgesetze übergegangen, während in den beiden Mecklenburg die Wählbarkeit an das Staatsbürgerrecht in jedem der beiden Großherzogthümer geknüpft bleibt. Der neue Zollvereinsvertrag behält es, wie schon erwähnt, der Gesetzgebung der süddeutschen Staaten vor, „über die Staatsangehörigkeit Bestimmungen zu treffen, durch welche die Wählbarkeit zum Abgeordneten für das Zollparlament bedingt ist.“ Dem „Nährn. Corresp.“ zufolge werden nun demnächst Verhandlungen zwischen den süddeutschen Staaten darüber eingeleitet werden, ob in dem ausgearbeiteten Gesetze die Wahlbarkeit nur insofern von dem Wohnort abhängig gemacht werden soll, daß der Wahlcandidat in einem der süddeutschen Staaten sein Domicil haben müsse. In dem Wortlaut des Vertrages ist eine solche Beschränkung auf den Süden nicht gegeben, die vielmehr dem Nordbunde einen gewissen Südbund gegenüberstellen würde, während in einer dritten Kategorie von Staaten die Wählbarkeit streng particularistisch begrenzt wäre. (N. Z.)

Berlin, 26. Juli. [Wahlbarkeit für das Zollparlament.] Nach dem preussischen Wahlgesetz für den Reichstag sind die Angehörigen aller Staaten des norddeutschen Bundes in Preußen wählbar. Diese Bestimmung ist auch in die meisten anderen Wahlgesetze übergegangen, während in den beiden Mecklenburg die Wählbarkeit an das Staatsbürgerrecht in jedem der beiden Großherzogthümer geknüpft bleibt. Der neue Zollvereinsvertrag behält es, wie schon erwähnt, der Gesetzgebung der süddeutschen Staaten vor, „über die Staatsangehörigkeit Bestimmungen zu treffen, durch welche die Wählbarkeit zum Abgeordneten für das Zollparlament bedingt ist.“ Dem „Nährn. Corresp.“ zufolge werden nun demnächst Verhandlungen zwischen den süddeutschen Staaten darüber eingeleitet werden, ob in dem ausgearbeiteten Gesetze die Wahlbarkeit nur insofern von dem Wohnort abhängig gemacht werden soll, daß der Wahlcandidat in einem der süddeutschen Staaten sein Domicil haben müsse. In dem Wortlaut des Vertrages ist eine solche Beschränkung auf den Süden nicht gegeben, die vielmehr dem Nordbunde einen gewissen Südbund gegenüberstellen würde, während in einer dritten Kategorie von Staaten die Wählbarkeit streng particularistisch begrenzt wäre. (N. Z.)

[Graf Bismarck.] Die Notiz, welche in Bezug auf den Ministerpräsidenten Grafen Bismarck von einem französischen Blatte über einen bevorstehenden Aufenthalt desselben in Biarritz gegeben und von den meisten deutschen Blättern wiederholt wurde, ist, wie der „N. Pr. Z.“ versichert wird, zur Zeit vollständig unbegründet. Die Gesundheit des Ministerpräsidenten ist demselben Blatte zufolge in fortschreitender Besserung. Erst die Ruhe hat zu Tage gebracht, wie sehr derselbe angegriffen und wie begründet die Ansicht der Aerzte war, die im Dezember v. J. noch Ruhe und Schonung bis zum Frühjahr für ihren Patienten forderten. Leider ist dies jetzt eben so wenig ausführbar wie im Winter. Graf Bismarck klagt darüber, daß er selbst in seiner künftigen Zurückgezogenheit vor Besuchen derer nicht sicher sei, die ihm in Varzin gesellschaftliche und persönliche Anliegen mündlich vortragen wollen.

[Trauer.] Auf Grund eines von allerhöchster Stelle ergangenen Befehls vom 6. d. M. hat das Neumärkische Dragoner-Regiment Nr. 3 für seinen verstorbenen Chef, den Kaiser Maximilian von Mexico, auf 14 Tage Trauer angelegt.

[Brandis.] Aus Bonn wird berichtet, daß der ordentliche Professor der Philosophie, Geh. Regierungsrath Dr. Christian August Brandis, am 24. d. M. früh in Folge eines Schlaganfalls gestorben ist.

[Postalisches.] In den Verhandlungen der hier versammelten Vertreter der Postverwaltung des norddeutschen Bundes, in denen über verschiedene Entwürfe zur Umgestaltung einzelner dieser Postverwaltungen debattirt wird, bildet auch der Personal- und Besoldungs-Stat den Gegenstand eingehender Erörterungen. Wie die „N. Pr. Z.“ hört, ist allseitig das Bedürfnis der Verbesserung der Gehälter der Postbeamten anerkannt worden und sind demgemäß bezügliche Vorlagen für die maßgebende Stelle in Vorbereitung genommen. — Der Uebergang der Verwaltung des Postwesens an die königliche preussische Regierung in allen denjenigen Landesgebieten, in welchen bisher die kaiserliche Postverwaltung bestanden hatte, ist, wie die „N. Pr. Z.“ versichert, nunmehr vollständig durchgeführt, und es haben sich bei der Uebernahme selbst keinerlei Schwierigkeiten herausgestellt.

Coblenz, 25. Juli. [Ueber den gestrigen Empfang Sr. kaiserlichen Majestät des Sultans] und die demselben zu Ehren stattgehabten Festlichkeiten in Coblenz entnehmen wir der „Cobl. Z.“ folgende nähere Mittheilungen: Um 11 Uhr begann die Aufstellung des Militärs der Eisenbahnstraße entlang am Lohrbrunnel vorbei durch die Schloßstraße nach dem königlichen Schlosse. Gegen 1 Uhr Mittags begaben sich Se. Majestät der König in Fusaren-Uniform mit der Generalität, unter dem Jubel der zahlreich versammelten Menge, zu Pferde nach dem Bahnhofe. Der Donner der Kanonen von sämtlichen umliegenden Forts verkündete die Ankunft des festlich geschmückten Zuges. Auf dem Perron des Bahnhofes von Sr. Majestät dem Könige begrüßt, bestieg der Sultan den königlichen Wagen. Ihm zur Linken nahm der König Platz. Beide Majestäten waren begleitet von dem türkischen Gesandten am preussischen Hofe, Aristarchi Bey. Hinter dem königlichen Wagen folgten die Prinzen des Sultans sowie das Gefolge desselben. Beim Passiren der Schloßstraße spielte das Musikcorps der Königs-Fusaren die preussische, die Kapelle des 4. Garde-Brigadier-Regiments die türkische Nationalhymne. Unter dem Säulengange des königlichen Schlosses ward der Sultan von Ihrer Maj. der Königin Augusta bewillkommt, worauf sämtliche Truppen vor dem königlichen Schlosse vorbeimarschirten.

Der Empfang selbst, sowie die im Schlosse zu Ehren des hohen Gastes veranstalteten Festlichkeiten waren von dem günstigsten Wetter begleitet. Gegen Abend erst überzog sich der Horizont mit schweren Gewitterwolken. Der bald darauf stark herabströmende Regen brachte jedoch glücklicherweise keine wesentliche Störung in der für den Abend bestimmten Feier hervor. Nur mußte die Anfangs um halb 7 Uhr anberaumte Festsahrt nach Schloß Stolzenfeld etwa eine Stunde später stattfinden.

Unter Kanonendonner begann das Schiff seine Auffahrt bis Stolzenfeld. Bei der Rückfahrt ging die Beleuchtung in der brillantesten Weise vor sich. Die benachbarten Dörfer, namentlich Lahnstein und Horchheim, waren glänzend erleuchtet, und einen prächtigen Anblick gewährte das Schloß Lahnstein, das in bengalischem Feuer in die Nacht hinein glänzte. Die Höhen auf der rechten Rheinseite den Strom entlang waren terrassenartig mit Militär besetzt, ebenso das linke Ufer, um während der Beleuchtung ein andauerndes Rollenfeuer zu unterhalten. Die Höhen des Helfenstein und des Ober-Ehrenbreitstein erglänzten in abwechselndem bengalischem Lichte. Die Hotels und Privathäuser längs des Rheins waren in ein Lichtmeer gehüllt. Dazwischen die Kanonenschläge von den einzelnen Forts und das massenhafte Platonfeuer. Das Schiff legte gegen 10 Uhr am Ufer an und die Rückfahrt ging durch die glänzend erleuchteten Straßen nach dem Schlosse, wo sich mittlerweile die verschiedenen Musikcorps aufgestellt hatten, welche unter Fackelbeleuchtung die preussische und türkische National-Hymne spielten.

Der Sultan ist heute früh um 10 Uhr 45 Min. abgereist. Se. Maj. der König begleitete denselben bis zum Bahnhof.

△ Hamburg, 25. Juli. [Zur Elbübrückung. — Zu den Parlamentswahlen. — Pikante Stockholmer Notiz.] Der Beginn der Vermessungsarbeiten im Interesse der projectirten Hamburg-Altonaer Elbübrücke wird jetzt in officieller Form allseitig bestätigt. Daß namentlich die Hamburger Particularisten — und deren gibt es in der größten Handelsstadt Deutschlands leider sehr viele — durch das entsprechende Factum sehr eingeschüchtern worden sind, werden Sie erklärlich finden. Man pochte bisher ausschließlich auf den großen Geldsack Hamburgs, vergaß aber dabei in Erwägung zu ziehen, daß eine so angesehene Großmacht wie Preußen auch wohlgeordnete Finanzen sammt einem klaren Auge für die Förderung der eigenen Interessen besitzt. — Die zur allgemeinen Ansicht ausgelegten Parlaments-Wählerlisten werden von den Beihiligten bei Weitem nicht so zahlreich eingesehen, als voriges Mal. Hier dürften wiederum die früheren Abgeordneten: Kaufleute de Chapeaurouge und Sloman, sowie der Lehrer Anton Rée als Parlaments-Candidaten aufgestellt werden, falls sie darauf respectiren. Die Kassalleaner, welche hier verhältnismäßig zahlreich vertreten sind, werden allem Anscheine nach wiederum den Versuch machen, einen der Sbrigen als Vertreter Hamburgs auf dem norddeutschen Reichstage durchzubringen, allein ich bin fest davon überzeugt, daß ihnen dies nicht gelingen wird. — Die amtliche Kopenhagener „Berlingske Tidende“ colportirt in Form eines Stockholmer Privat-Telegramms die Behauptung des schwedischen „Aftonbladet“, daß allerdings in Berlin in Gegenwart des schwedischen Prinzen Oscar das Project einer Heirat zwischen dem jungen preuss. Prinzen Albrecht und der schwedischen Königs-Tochter Louise erörtert worden sei, daß jedoch später der König Carl dagegen protestirt und unter Betonung der freundschaftlichen Beziehungen Schweden-Norwegens zu Frankreich und Dänemark den dänischen Kronprinzen als erwünschten Verlobten für seine einzige Tochter bezeichnet habe! (?)

Gera, 24. Juli. [Emancipation der Juden.] Fürst Heinrich XIV., der vor Kurzem die Regierung des Fürstenthums übernommen, erklärte, wie wir zuverlässig erfahren, bei der Vorstellung der Gemeindegewalt, daß er in einer freien, möglichst selbstständigen Entwicklung des Gemeinwesens die sicherste Grundlage des Staates erblickte. Seine erste gesetzgeberische Handlung befreite dann auch sofort einen der schlimmsten, unser Rechtsleben noch bedrückenden Schäden. Das in Thüringen tief eingewurzelte Vorurtheil gegen die Juden ist in unserer Verfassung wie in denen der meisten Nachbarländer besonders functionirt. Das christliche Glaubensbekenntniß bildet die Bedingung zum Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte; den Juden ist kaum ein vorübergehender Aufenthalt im Lande, Wohnsitz und Gewerbebetrieb, trotz der sonst vollen Gewerbefreiheit, gar nicht gestattet. Ein Jude gilt hier zu Lande gewissermaßen noch als eine Markwürdigkeit. Diese ungerechte Beschränkung ist gefallen. Durch Gesetz vom 19. Juli ist der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte von dem Glaubensbekenntniß ganz unabhängig gemacht und freigegeben worden. (N. Ztg.)

Wiesbaden, 24. Juli. [Neue Deposition.] Gestern Abend ist in aller Stille eine neue Deposition des Herzogs Adolph erfolgt. Den Schloßverwaltungen hier und in Biebrich ist bekannt gegeben worden, daß man die beiden Schlösser nunmehr als Eigenthum des preussischen Staates in Besitz nehme. Die Beamten sollen bis auf Weiteres ihre amtlichen Functionen fortführen. Wie uns mitgetheilt wird, sei eine Klage gegen den königl. Fiscus wegen widerrechtlicher Besitznahme schon anhängig gemacht und zwar bei den hiesigen Gerichten. Man schreibt diese Maßregel allgemein einer Thatsache zu, die wir jedoch nicht verbürgen wollen, daß nämlich die herzogliche Schloßverwaltung dem König von Preußen die Schlösser nur

unter ausdrücklicher Wahrung des Besitzstandes des Herzogs habe zur Verfügung stellen wollen. — Der Geburtstag des Herzogs Adolph sollte nicht ohne Demonstration vorübergehen. Eine Anzahl Schulknaben zog mit Trommeln und nassauischen Fahnen durch die Stadt und sang vor dem Schloßgebäude das Lied „Heil unserm Herzog, Heil“. Das Ganze ging indes schnell vorüber. (Fr. Z.)

München, 24. Juli. [Zur Begrüßung des Sultans. — Königin Marie. — Zum Juristentage.] Prinz Adalbert und Fürst Hohenlohe begeben sich nach Nürnberg, um im Namen des Königs den Sultan daselbst zu begrüßen; der Regierungs-Präsident von Unterfranken, Freiherr v. Zu Rhein, und der General-Commandant von Würzburg, General-Lieutenant v. Hartmann, werden den Sultan an der Grenze Baierns empfangen und bis Nürnberg begleiten. — Die Königin von Hannover ist vorige Nacht in Bayreuth eingetroffen; am Bahnhofe hatte ihrer eine große Menschenmenge. Die Königin trug Trauerkleidung; die Fortsetzung ihrer Reise erfolgt heute Mittag; in Passau wird wieder Nachtquartier genommen. — Gestern ist das Verhalten der hiesigen städtischen Behörden zum Juristentage energig festgesetzt worden. Das Comité für den Empfang des Juristentages hatte sich neuerlich schriftlich an die beiden städtischen Collegien mit der Bitte gewendet, es möge ihm der große Saal des Rathhauses mit Decoration und Beleuchtung unentgeltlich als die geeignetste Localität zur Empfangsfeierlichkeit zur Verfügung gestellt werden, und stellte jede etwaige weitere Betheiligung am Juristentage lediglich dem Ermessen der beiden Collegien anheim. Nachdem das Collegium der Gemeinde-Bevollmächtigten vor ein paar Tagen nicht allein die Bitte des Comité's gutgeheißen, sondern auch beantragt hatte, demselben außerdem noch 1000 Fl. zu Festzwecken zu überweisen, hat gestern auch der Magistrat in geheimer Sitzung diesen Beschlüssen des Collegiums der Gemeinde-Bevollmächtigten zugestimmt. (N. Z.)

Stuttgart, 23. Juli. [Militärisches.] Bis Ende dieser Woche wird die Vertheilung der 6000 von Preußen entlehnten Zündnadelgewehre an die Regimenter und Jägerbataillone beendigt und auch das preussische Exercierreglement, dessen Einführung neuerdings die Genehmigung des Königs erhalten hat, in den Händen der Truppen sein. Der Unterricht der Lehr-Compagnien in den einzelnen Abtheilungen wird sofort am 27. Juli beginnen, bis zu welchem Tage bereits sämtliche beurlaubte Unteroffiziere einberufen sind. Die Abänderung der württembergischen Gewehre wird 15. März 1868 beendigt sein. Die Austheilung von je 600 Stück Zündnadelgewehren an die hiesigen Regimenter ist bereits am letzten Sonnabend Vormittags zwischen 10 und 12 Uhr erfolgt.

Wien, 24. Juli. [Die Mutter des Kaisers, Erzherzogin Sophie,] ist erkrankt, sie liegt auf Schloß Klesheim bei Salzburg an einem Rothlauf darnieder. (N. Z.)

Aus Galizien, 25. Juli. [Folgen der jüngsten Ueberschwemmung. — Zur politischen Lage. — Erzbischof Litwinowicz. — Russische Vorkehrungen.] Die Folgen der jüngsten Ueberschwemmung machen bereits in höchst trostloser Weise sich bemerkbar. An der Weichsel im Tarnower und Rzeszower Kreise, sowie in der Gegend bei Przemysl ziehen in den vom Hochwasser verforten gebildeten Ortschaften bereits Schaaren zerlumpter halbverhungelter Männer, Weiber und Kinder umher, die mit herzerweichenden Klagen um Nahrung und Obdach bitten. Ein Theil der durch die Ueberschwemmung brotlos gewordenen Landleute ist zwar zur Herstellung der arg beschädigten Eisenbahn und Ghauffee in der Umgebung Przemysl's verwendet worden, aber diese Hilfe ist selbstverständlich nicht allein wenig ausreichend, sondern selbst für jene, die man zu jenen Arbeiten verwendet, nur eine temporäre. Was geschieht nämlich mit den Leuten, wenn die Bahn- und Ghauffestrecken hergestellt? — Die Geldpender der Regierung und des galizischen Landtagsausschusses sind kaum ein Linderungstropfen in das riesige Glend, dessen Verlauf in der That gar nicht abzusehen. Und wie vermag auch die Regierung in dem Augenblicke etwas zu thun, wo man in den Finanzkreisen ganz unvorhergesehen vom Staatsbankerott spricht? Daß der gegenwärtige verzweifelte Zustand Galiziens in volkwirtschaftlicher und commercialer Beziehung auch nach außen hin seine deprimirende Wirkung üben wird, braucht wohl kaum näher ausgeführt zu werden. Schon jetzt sind die Kornpreise im Steigen begriffen, und nur solche Speculanten, die bedeutende Vorräthe aufgespeichert, können an Exportgeschäfte denken. Mit einem Worte, wir sehen hier einer äußerst trübten Zukunft entgegen. — Was unsere politischen Verhältnisse anbelangt, so sind diese einer bescheidenen Lösung auch entfernter als je. Unsere Reichsrathsabgeordneten schreiben aus Wien, daß dort die autonomen Forderungen Galiziens in dem Sturme, welchen andere Fragen im Reichsrathe erregt, wieder bei Seite gelegt worden, ja daß es überhaupt ziemlich problematisch sei, ob Galizien von der gegenwärtigen Regierung und der Reichsrathsmajorität überhaupt etwas zu hoffen habe. Es ist schon wiederholt die Nachricht aufgetaucht, die galizischen Abgeordneten verabsichtigen Wien zu verlassen, und wenn diese Mittheilung auch noch verächtlich, so beweist doch die gegen die Regierung stets nachdrücklicher hervortretende Opposition der polnischen Journale, daß in Galizien der Stern des Herrn v. Beust im Sinken. — Nachdem die Untersuchung gegen die an den Bauernunruhen bei Podolska Betheiligten thatsächlich bewiesen, daß dabei auch demagogische Einflüsse seitens des ruthenischen Clerus im Spiele gewesen, so hat der griechisch-unirte Erzbischof Litwinowicz in Lemberg an sämtliche ruthenische Landpfarrer dsgaliziens ein Rundschreiben gerichtet, wo jenen unter Androhung der „schärfsten Disziplinarstrafen“ jede Betheiligung an regierungsföndlichen Agitationen oder Kundgebungen untersagt wird. Es sieht indes bei den bekannten Sympathien des Erzbischofs Litwinowicz für Rußland sehr in Frage, ob jenes Circular ernst gemeint. — Wie Handelsberichte aus Brody melden, werden in Wolhynien abermals militärische Vortrabungen getroffen. Es heißt nämlich, der russische Gouverneur in Zitomirz, General-Lieutenant Bezak, hätte beträchtliche Lieferungen für das Militär ausgeschrieben, während in Podolien zwischen Grudel und Smotriz die dortigen Magazine und Vorräthe für die Armee nach dem Niederst vorgehoben werden. In der Umgebung von Starj-Konstantinow, wo ungefähr 12,000 Russen stehen, sollen am 15. August die Manöver beginnen.

Paris, 23. Juli. [Die Zukunft Mexico's. — Der Leichnam Maximilians.] Dem „Temp“ wird aus Newyork vom 10. d. M. geschrieben: „Der Tod Maximilians und das Einschreiten der Juristen auf dem amerikanischen Dampfer „Virginia“ wird noch immer von den amerikanischen Zeitungen und Redactoren commentirt, welche nicht aufhören, Recriminationen gegen die Mexicaner zu erheben. Zwei von der Stadt Newyork gewählte Mitglieder, die Herren Woods und Wood, haben in der Kammer eine Resolution eingebracht, welche im Wesentlichen die Intervention der Vereinigten Staaten in Mexico verlangt. Ihr Antrag ist in Berücksichtigung genommen und an das Comité der auswärtigen Angelegenheiten überwiesen worden. Im Norden und im Süden ruhen die ehemaligen Offiziere und Soldaten der Union wie der Südarmer, welche am Kriege Geschmäde gefunden haben und sich an die Arbeit auf dem Felde und in den Werkstätten noch nicht ganz wiedergewöhnen konnten, daß man nach Mexico marschi-

ren müsse. Wenn der Congress aus Eifersucht, den Präsidenten sich einer populären Bewegung anschließen zu sehen, ihm die nöthigen Geldmittel verweigern sollte, so darf man sich darauf gefaßt machen, daß Gesandtschaften von Freiwilligen sich bilden und in Mexico eindringen. In Saint Louis und in New-Orleans sind bereits Bänder in der Bildung begriffen und alles läßt annehmen, daß die Regierung sich diesen Projecten nicht widersehen werde.“ Regierung-Depeschen aus Washington melden, daß Herr Romero, der dortige mexicanische Gesandte im Auftrage von Juarez erklärt habe, Mexico sei bereit, durch Vermittelung Nordamerikas die sterblichen Reste Maximilians an Admiral Regethoff auszuliefern. Letzterer wird sich nun in Begleitung eines höheren amerikanischen Offiziers, der einen Geleitchein erhielt, nach Matamoros begeben, um von dort aus nach Queretaro zu gelangen.

Breslau, 27. Juli. [Der Paps] hat unserm Herrn Fürstbischöfe für die in einem Schreiben vom 20. Mai ausgeprochenen Einstellungen der Treue, mit welcher die Gläubigen der Diocese Breslau dem apostolischen Stuhle ergeben sind, und für die Zufendung der Geldgaben den Dank ausgedrückt.

Bekanntlich wird in den hiesigen Klöstern der Ursulinerinnen und armen Schulschwestern im Bereiche der kirchlichen Kunstfertigkeit in Vortreffliches geleistet, daß diese Erzeugnisse frommer und geduldiger Frauenhände den besten Vorbildern des Mittelalters würdig anzureichen werden können. Alle bisherigen Leistungen aber, welche aus der Industriehalle des Ursulinerinnenlosters hervorgegangen, übertrifft eine prächtige, goldgestickte Stola, welche für Pius IX. bestimmt und von Master Glisabet vollendet worden ist. In Höhe und Plattheit zeigt dieses wahrhafte Kunstwerk auf beiden Seiten der Oberfläche zweimal die päpstliche Liara, die Schlüssel der Binde- und Absegelwelt, sodann in der größeren, sauber umrahmten, überraschend schön ausgeführten Medaillons die buntenfarbigen Bilder der Immaculata — zur Erinnerung an die durch Pius IX. vollzogene Definition des Dogma von der unbesleckten Empfängnis Mariä — des h. Erzengels Michael, mit Bezug auf die Kämpfe, welche der Paps zu bestehen hat; endlich die Apostel Petrus und Paulus, im Hinblick auf das denkwürdige Centenarium, welches soeben zu Rom gefeiert wurde. (Schl. Kirchenbl.)

Breslau, 27. Juli. [Wasserstand.] D. B. 14 F. 6 R. U. B. 1 F. 3 R. [Breslauer Börse vom 27. Juli.] Schluß-Course (1 Uhr Nachm.)

Table with columns for various financial items like Weizen, Roggen, Raps, etc., and their corresponding prices. Includes sub-sections for 'Telegraphische Depeschen und Nachrichten' and 'Ausländische Fonds'.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten. London, 27. Juli. Im Unterhause drangen Seymour und Rawlfon auf eine abfassliche Expedition. Lord Stanley erwiderte, die Regierung habe indische Offiziere beauftragt, einen Expeditionsplan auszuarbeiten. Weiteres bleibe der Regierung anheimgestellt.

Wien, 27. Juli. Die heutige „Presse“ erfährt über die französische Depesche an das preussische Cabinet, dieselbe lasse sich in zwei Punkten zusammenfassen. Erstlich führe die Depesche aus, Frankreich habe Interesse, Recht und Pflicht, sich um die Ausführung des Prager Friedens zu kümmern. Zweitens, die preussische Bedingung für die Abtretung eines Theiles von Nordschleswig, daß nämlich Garantien für die Aufrechthaltung der deutschen Nationalität gegeben werden, sei unerfüllbar.

Mexico (ohne Angabe des Datum). Es sind ferner zehn kaiserliche Generale erschossen worden.

München, 26. Juli. Die „Bayerische Zeitung“ meldet: Zufolge einem Telegramm aus Bamberg vom heutigen Tage hat sich bei dem seit Montag an den Masern erkrankten Könige Otto von Griechenland eine so rasche Abnahme der Kräfte eingestellt, daß derselbe in vergangener Nacht mit den Sterbefacramenten versehen worden ist.

Florenz, 26. Juli. Nach der hiesigen „Volkzeitung“ ist eine Depesche des italienischen Gesandten in Paris hier eingetroffen, in welcher namens der französischen Regierung Aufklärungen über die Anwesenheit des französischen Generals Dumont in Rom gegeben werden. Roustier habe Nigra gegenüber erklärt, daß Dumont, nachdem er der Regierung angezeigt, er gebe in Privatangelegenheiten nach Rom, den Auftrag erhalten habe, sich über die wahren Zustände der Legion von Antibes zu unterrichten. Der General habe den Umfang seiner Mission übertrieben und ihr eine weit prononcirtere Bedeutung beigelegt, indem er seine Ansichten als die der Regierung hinstellte, welche ihn jedoch hierzu nicht autorisirt habe. Im Uebrigen habe Roustier erklärt, daß nach seiner Ansicht die durch die italienischen Zeitungen über diese Angelegenheit verbreiteten Gerüchte vielfach übertrieben seien.

Table with columns for 'Telegraphische Course und Börsennachrichten', listing prices for Paris, London, Frankfurt a. M., and other locations.

5% Metallaus 44%. 4% Metall 38%. Baiertische Prämien-Anl. 98%. Sehr matt schließend. Nach Schluß der Börse Credit-Actien 167%, Staatsbahn 213%, Amerikaner 76%. Frankfurt a. M., 26. Juli, Abends. [Effecten-Societät.] Anfangs flau, Schluß belebter und höher. Credit-Actien 186%. 1860er Loose 69%. 1864er Loose 70%. Steuerfreie Anleihe 46%. Staatsbahn 212%. Amerikaner 76%. Wien, 26. Juli. [Abendbörse.] Sehr bewegt. Credit-Actien 182, 30. Nordbahn 169. — 1860er Loose 87, 80. 1864er Loose 76, 70. Staatsbahn 228, 30. Galizier 219. — Steuerfreies Anl. — Napoleonsd'or — Lombarden 186.

London, 26. Juli. Consols 94 1/4. Amerikaner 72 1/4. Hamburg, 26. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Fonds sehr gedrückt, Valuten nachgebend. Dester-Franz. Staatsbahn 445, 00. Lombarden 356, 00. Italiensche Rente 47 1/4. — Schluß-Course: Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 89 1/2. National-Anleihe 53 1/2. Dester. Credit-Actien 70. Dester. Rente 47 1/4. Rheinische Bahn 113 1/4. Nordbahn 90%. Altona-Riel 123 1/4. Finnlandsche Anleihe 82 1/2. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 90%. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 87 1/2. 5procent. Vereinigte Staaten-Anleihe pr. 1862 69 1/4. Disconto 2% pCt.

Gamburg, 26. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. (Getreidemarkt.) Weizen und Roggen loco sehr gutes Geschäft zu vollen Preisen; auf Termine sehr lebhaft und steigend. Weizen pr. Juli 5400 Bds. netto 171 Bancothaler Br., 169 Gld., pr. Juli-August 154 Br. u. Gld., pr. August-September 145 Br., 144 1/2 Gld., pr. Herbst 136 Br., 135 Gld. Roggen pr. Juli 5000 Bds. Netto 122 Br. u. Gld., pr. Juli-August 110 Br., 109 1/2 Gld., pr. August-September 104 Br., 103 Gld., pr. Herbst 100 Br., 99 Gld. Hafer sehr fest. Spiritus ohne Umfag. Del besser, loco 25, pr. October 25 1/2. Raffee und Zink sehr ruhig. — Regenwetter.

Antwerpen, 26. Juli. Petroleum, raff. Lype, weiß, fest, 44 Franc, pr. 100 Kds. Liverpool, 26. Juli, Mittags. Baumwolle: 15,000 Ballen Umfag. Wochenumfag 72,000, zum Export verkauft 17,000, wirklich exportirt 12,000, Consum 51,000, Vorrath 698,000 Ballen. Middling Amerikanische 10 1/2. Middling Orleans 10. — Fair Dollars 8 1/2. Good middling fair Dollars 7 1/2. New Orleans. — Bengal 6 1/2. Good fair Bengal 7 1/2. Fine Bengal. — New Omra. — Bernam. — Egyptian. —

Paris, 26. Juli, Nachmittags. Rüböl pr. Juli 98, 50, pr. August-September 98, 50, pr. September-Dezember 99, 00. Mehl pr. Juli 74, 75, pr. August-Septbr. 73, 00. Spiritus pr. Juli 64, 00. London, 26. Juli. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen 1 Sh. höher, für fremden 1 bis 2 Sh. mehr gefordert. Umfag sehr beschränkt. Preise wie am bergangenen Montag. Frühjahrsgetreide unverändert. Amsterdam, 26. Juli. Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen loco 5, pr. Juli 2 1/2. Raps pr. October 71. Rüböl pr. October 39 1/2. Newyork, 26. Juli, Abends. Wechsel auf London 110. Gold-Agio 39 1/2. Bonds 111 1/2. Zulmois 119. Erie 75 1/4. Baumwolle 27. Petroleum in Philadelphia 32.

Berliner Börse vom 26. Juli 1867.

Large table with multiple columns listing various stocks, bonds, and exchange rates. Includes sections for 'Fonds- und Gold-Course', 'Kisenbahn-Stamm-Actien', 'Ausländische Fonds', 'Kisenbahn-Prioritäts-Actien', 'Bank- und Industrie-Papiere', and 'Berliner Börse vom 26. Juli 1867'.

Berlin, 26. Juli. Roggen loco 67-73 Thlr. nach Qualität gefordert, 77-79pfd. 68 1/2-69 Thlr. ab Boden bez. — Rüböl loco 11 1/2 Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 21 1/2-22 1/2 Thlr. bez., pro Juli, Juli-Aug. und Aug.-Septbr. 20 1/2-21 1/2 Thlr. bez., Sept.-Oct. 20 1/2-21 1/2 Thlr. bez. und Gld., 1/4 Thlr. Br., Oct.-Nov. 17 1/2-18 Thlr. bez. und Br., 17 1/2 Thlr. Gld., Nov.-Dez. 17 1/2-18 Thlr. bez.

Oberhemden in Leinen und Shirting nur unter Garantie des Outfigns liefert zu betagelichter Preisen die Wäsche-Fabrik von L. Seidenberg, Schmiednherstr. 12. Bei Bestellungen bitte, die Halsweite genau anzugeben. [664] Steinbachpappen, 85 Ruben, a 2 1/2 Thlr., beste Qualität, verkauft auch im Ganzen oder einzeln F. Cohn, Schmiedbrücke Nr. 12. [520] Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. In Vertretung: Dr. Weis. Druck von Graf, Barth und Comp. Jn. Friedrich in Breslau.